

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

54 (5.3.1931)

nationalistischen Rummels in Deutschland vermutlich in finanzpolitischer und auch vielleicht in kolonialer Hinsicht einige ihm sehr leicht fallende Konzession an Italien machen wird, um dafür eine stärkere Sicherung auf dem Lande als bisher zu haben. All dies lagen allerdings die Nationalsozialisten nicht, da es bedeuten würde, die Folgen festzunageln, welche ihr nationalstiftlicher Rummel im Ausland auslöst. Aufrichtiger sind in gewisser Hinsicht die Deutschnationalen, in dem sie zugeben, daß Mussolini bei dieser Angelegenheit eine Schlappe erlitten hat, die er jedoch aus finanziellen Gründen ruhig hinnimmt, wodurch nach Auffassung der Deutschnationalen angeblich „Deutschland in eine Isolierung hineingeraten ist“, für die die Deutschnationalen selbstverständlich die jetzige Reichsregierung verantwortlich machen, statt, wie es richtig wäre, das nationalstiftliche Geschrei in Deutschland hierfür zur Rechenschaft zu ziehen.

In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch so, daß es falsch ist, von einer Isolierung Deutschlands insofern zu sprechen, als ob mit dem abgeschlossenen Flottenabkommen die Isolierung Deutschlands für die Zukunft eine vollzogene Tatsache sei. Allerdings, die Gefahr ist vorhanden, daß, wenn die nationalstiftlichen Verirrungen in Deutschland in der Art der letzten Zeit sich weiter entwickeln, Deutschland in die Gefahr gerät, gleich wie vor 1914 in eine starke außenpolitische Isolierung hineinzukommen, die eines Tages ähnliche Folgen haben könnte, als zu jener Zeit, in der das deutsche Volk auf einmal überrascht war, daß es so viele Gegner in der Welt hatte. Die Schaffung der Entente vor dem Kriege war die Antwort der Welt an die Drohgebellen Wilhelm des Zweiten. Das Flottenabkommen könnte in seiner Weiterentwicklung der Anfang einer Tendenz sein, welche die gleiche Bedeutung einer Antwort an Hafentzenz und Stahlhelm hat, wie die Entente eine solche an Wilhelm den Zweiten war. Wie gesagt, die Flottenvereinbarung ist eine Andeutung an Dinge, die kommen können, wenn das deutsche Volk nicht rechtzeitig einzieht, welche gefährliche Wege es im Begriffe ist, zu geben.

Wenn daher, wie wir im Gegensatz zu den Rechtsparteien feststellen, die Flottenvereinbarung Deutschlands für die Zukunft noch keine Wege vorgezeichnet, so wäre es deshalb doch gefährlich, die Gefahren zu übersehen, die aus dieser Entwicklung heraus für die deutsche Politik entstehen können, wenn es sich nicht rechtzeitig zu einer klaren Politik bekennen dürfte. Wenn es heute bereits schon zu Andeutungen hierüber gekommen ist, so können sich die Nationalsozialisten und Stahlhelmer rühmen, die ersten Anregungen zu diesen bedeutungsvollen Entwicklungen gegeben zu haben, und sie können sich freuen, erste „außenpolitische Früchte“ für Deutschland zu ernten, allerdings nicht in jenem „nationalen Sinne“, den sie so gerne im Munde führen. Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen mußte vom Ausland als eine Uebersteigerung des Nationalismus in Deutschland gedeutet werden, und das Ausland hat eben, wenn die Behauptungen der Deutschnationalen von einer zutage tretenden Isolierung Deutschlands richtig wären, Schritte getan, um dieser Gefahr, die dem Ausland angeblich von Hitler, Sedte und Hugenberg droht, zu begegnen.

Die Sozialdemokratie handelte daher im nationalen Interesse Deutschlands, wenn sie immer wieder Deutschland davor warnte, sich allzusehr ins Schlepptau der Jünger Hitlers und Sedtes nehmen lassen, die, unbedacht von der Vergangenheit, slavisch ihren Blick auf das Mussolinische Italien richteten, statt in ihrem Rat entsprechend eine wahrhaftige Verständigung mit Frankreich zu erstreben. Nun ist der Schutz des nationalstiftlichen Narms in Deutschland nach Auffassung der Deutschnationalen samt ihrem getarnten Anhängewagen in der bürgerlichen Presse nach hinten losgegangen und die kleinen deutschen Mussolinis bilden verduht auf ihren Herrgott in Rom, der, von einer Wirtschaftskrise in seiner Stellung bedroht, sie — wie zu erwarten war — bedenkenlos in die Arme, um sich die klingende Freundschaft Frankreichs, Englands und Amerikas zu sichern.

Immer wieder haben wir im Volksfreund im Frühjahr und Sommer des verflorenen Jahres eine große politische Linie und eine klar erkennbare Zielrichtung verlangt. Immer wieder forderten wir gegenüber den gefährlichen Vordringen Mussolinis die Initiative zu einer Politik, die, wie wir am 17. Mai 1930 schrieben, unter Ablehnung gefährlicher Abenteuer, den „Weg nach Europa“ bahnt. Immer wieder betonten wir, unter scharfer Zurückweisung der Kriegsbeher in Deutschland und in Frankreich, in Berücksichtigung der verständnisvollen französischen Revisionsstimmen, auf die wir unter dem 12. Juli 1930 besonders hinwiesen, eine „Verständigung mit Frankreich, sowohl aus politischen wie ökonomischen Gründen als Voraussetzung einer europäischen Föderation, die, im Frieden mit der ganzen Welt lebend, im kulturellen Fortschritt und in der sozialen Wohlfahrt seiner Bürger das höchste Ziel der Politik erblickt“. Unser Rat ist nicht befolgt worden. Innen- und sozialpolitisch ging man andere Wege, über die zu anderer Zeit einmal Gelegenheit sein wird, zu sprechen. Außenpolitisch ließ sich das deutsche Volk in sehr großem Umfange von der nationalstiftlichen Propaganda ins Schlepptau nehmen, so daß eine politische Rückwirkung nicht ausbleiben konnte. Und sie ist nicht ausgeblieben. Durch die chauvinistische Hege der Nationalsozialisten und des Stahlhelms gewarnt und in voller Klarheit dessen, was eine Isolierung Frankreichs in der Welt bedeutete, kann durch die Formulierungen des Flottenabkommens die von den deutschen Nationalisten Frankreich zugeordnete Isolierung zu einer Isolierung Deutschlands werden.

Noch ist es allerdings heute nicht so weit, daß Deutschland in der Welt isoliert ist, wie es die Deutschnationalen und die ihnen befreundete Presse hinstellt. Bis zum Augenblick ist das Flottenabkommen zwischen Frankreich und Italien oder im großen gesehen, in Verbindung mit dem Washingtoner Flottenpakt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien, nur ein Stück Weg zur Eindämmung der Rüstungen, indem hierdurch gefährlichem Wettstreit ein Damm vorgeschoben wird, ohne daß allerdings gegen „Ersparhaute“ und ähnlichen Ausschüßmitteln zur Rüstungsfortsetzung ein genügender Riegel vorgeschoben ist. Immerhin hat jedoch ein Schritt weiter für den Erfolg der kommenden Abrüstungskonferenz vor und wenn die Deutschnationalen jetzt schon von einer „Isolierung Deutschlands“ sprechen, so bedeutet dies nichts anderes als daß sie bereits die Schuld von sich abwälzen möchten, wenn es durch das Verhalten der Nationalisten in Deutschland zu einer Isolierung Deutschlands kommen sollte.

Dieser Gefahr sind wir allerdings äußerlich nahe. Nachdem Herr Hugenberg die Schiffe „Albions“ davongefahren und Herr Hitler-Sedte die Taube vom Süden davongeflo-

gen, zeigen die gestrigen Mitteilungen des belgischen Außenministers, wie stark bereits im Westen „Sicherungen“ gegen das „Weltimperium des 3. Reiches“ getroffen werden — eine Entwicklung, die zweifellos in ihren Rückwirkungen auf das Vertrauen zum Deutschen Reich im Ausland als bedenklich angesehen werden muß und für die sich das deutsche Volk bei Hitler-Sedte-Hugenberg bedanken kann.

Es gibt Mittel und Wege, die Gefahr einer Isolierung Deutschlands zu bekämpfen. Sie bestehen darin, daß man die von Hitler-Sedte-Hugenberg propagierte nationalstiftliche Politik bekämpft und eine Verständigungspolitik treibt, die Deutschland in den Rahmen der Weltmächte als gleichberechtigten Faktor einruppert. Zweifellos hat Deutschland Anspruch ebenso wie jede andere Macht von der Größe Deutschlands im Konzert der Weltmächte ein Wort mitzureden und es war der französische sozialistische Abg. Grumbach, der in der Dienstagssitzung der französischen Kammer für die Gleichberechtigung Deutschlands ein ernstes und kräftiges Wort sprach. Auf die Art allerdings, wie die Deutschnationalen, Stahlhelmer und Nationalsozia-

listen die Gleichberechtigung Deutschlands erreichen wollen, wird diese nie erreicht werden, sondern wird Deutschland nur in eine Isolierung hineinkommen, die sich eines Tages bitter rächt.

Wir Sozialdemokraten wollen, gestützt auf eine die Friedensidee pflegende Republik die Gleichberechtigung Deutschlands und lehnen es daher ab, durch die Rezipie der nationalstiftlichen Katastrophenpolitik in Deutschland, Deutschland in eine Isolierung hineinzubringen. Deutschland hat daher, im kommenden Dreivierteljahr, vor der Genfer Abrüstungskonferenz die Wahl, entweder durch Befolgung nationalistischer Rezipie sich selbst in die Isolierung hineinzubringen oder aber durch klare Fortführung der von Stresemann seinerzeit inaugurierten Verständigungspolitik den Anschluß an die weltpolitische Situation durchzusetzen, die ihm — wie der Weg von der Ruhrbesetzung bis zur Räumung der Rheinlande zeigt —, eines Tages die Gleichberechtigung und damit die Möglichkeit zur Durchsetzung seiner berechtigten Forderungen bringen muß. Hic Rhodus, hic salta!

Kulturdebatte im Reichstag

Berlin, 4. März. (Ein. Draht.) Der Reichstag setzte am Mittwoch die zweite Beratung des

Bauschäfts des Reichsinnenministeriums

fort.

Der volkswirtschaftliche Abg. Hesse meinte, daß die Reichsreform noch vor der Wahlreform geschaffen werden müsse. Er sprach sich für das Verbot des Remarquismus aus. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der Landvolkswirtschaftliche Reichstagsabg. von Thüringen ein, der auf sozialdemokratische Zurückhaltung bestehen mußte, daß er den Remarquismus überhaupt nicht gesehen hat. Der kommunistische Abg. Torgler lehte sich mit dem Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, auseinander wegen dessen Angriffe auf die kommunistische Kulturpolitik. Er bereitete dem Reichsminister jedenfalls einige unangenehme Minuten als er aus kurzen Besprechungen der Wirtschaftspolitiker die Republik stellen zitierte, die zweifellos in literarischen Kreisen als große kulturpolitische Ausweitungen gemietet werden dürften. Die Abg. Frau Vana-Brumann von der bayerischen Volkspartei belannte sich ebenfalls zu dem Verbot des Remarquismus. Auch forderte sie schärfere Bekämpfung von Schund und Schmutz und ein baldiges Reichsbüchereien. Dann waltete ihr bayerisches Gemüt gegen alle Pläne auf Reichsform auf. Insofern wandte sie sich gegen die Abg. Sollmann (Soz.) und Kalls (Dem.), die sie für ganz gefährliche Feinde Bayerns und Freunde eines Einheitsstaates hält.

Abg. Löwenstein (Soz.)

führte die Debatte zu den Höhen wirklicher Kulturpolitik. Die Feinheiten seines Stils und die Tiefen seiner Gedankenwelt nehmen jeden, auch den kulturfähigen politischen Gegner gefangen. Löwenstein wandte sich zunächst gegen den von den Christlich-Sozialen eingebrachten Entwurf des Reichsbüchereigesetzes. Gewiss erstrebten auch die Sozialdemokraten die baldige Verabschiedung eines solchen Gesetzesentwurfs. Aber im heutigen Reichstag sei keine Mehrheit, die auf der Grundlage des unmöglichen Mummantzugs bereit sei, Verhandlungen über ein Reichsbüchereigesetz zu führen. Der Hauptteil des Löwensteinischen Vortrags beschäftigte sich mit dem Schlagwort „Kulturpolitik“ und der marxistischen Gedankenwelt. Wir wollen in einigen Stichworten die Löwensteinische Rede zitieren:

„Schlagworte wie

Kulturpolitik

sind nur geeignet, statt des geistigen Ringens und Schaffens leidenschaftliche Kulturfronten auszurichten, um denen das Spiel zu erleichtern, die den Geist durch Unruhe erziehen wollen und müssen. Auf dem Gebiet des Weltanschaulichen gibt es keine verfassungsmäßigen Vorrechte. Es gibt kein staatliches Kirchenmonopol mehr und der religiöse Mensch wie der Freidenker hat im Rahmen der verfassungsmäßigen Bestimmungen das gleiche Recht der Entfaltung, der Propaganda und der Organisierung. Die Religionsgesellschaften sollten

dem Freiendenkern gegenüber ein höheres Maß von Großzügigkeit und Duldsamkeit zeigen.

Das Gerede gegen den Marxismus ist die theoretische Einleitung zu Lohnabbau, Sozialabbau und Abbau der öffentlichen Wirtschaft. Der Marxismus ist uns nicht Dooma.

Der Marxismus hat der Arbeiterbewegung Richtung und Ziel gegeben.

Die Bürgerlichen bleiben auch in ihrem Idealismus die Befehlsgeber und die Verteilung dieses Befehles. Die Einsicht der Arbeiter überträgt die einzelnen Arbeiter über sich hinaus. Die Einsicht, daß das System anderbar ist, und daß die Arbeiter es sind, die darunter leiden, macht eben die Veränderung dieses Systems zur sittlichen Pflicht. Wir fürchten bei unserer Jugend nicht den Kapitalismus, sondern den Mangel an wirklichen Aufgaben und Verantwortung.

Löwenstein wandte sich dann der Ueberfüllung unserer Hochschulen zu und sagte: „Trotz dieser Ueberproduktion an Akademikern werden wir dennoch

nicht darauf verzichten können, den Arbeiterkindern den Weg zu den Universitäten und den Hochschulen zu öffnen.

Wie die Arbeiterklasse das politische Monopol gebrochen hat, wie sie das wirtschaftliche Monopol des Besitzes an Produktionsmitteln gebrochen wird, so kann und wird sie auch das Bildungsmonopol der bestehenden Schichten aufheben. Der Aufstieg des einen oder anderen begabten und würdigen Arbeiterkindes ist nur ein Almosen. Die Arbeiterklasse wagt ihr Recht.“ Zum Schluß sprach Löwenstein

für das 9. Schuljahr,

dessen Lasten allerdings nicht allein den Eltern auferlegt werden könnten. Die Arbeiterklasse, so rief Löwenstein, beachtet auch in ihrer wirtschaftlichen Not die Kulturforderung, die ihr den

Weg zu einer planvollen, koordinierten kulturfördernden sozialen Gesellschaft

öffnet.

Der Zentrumsabgeordnete Hofmann-Ludwigsbach sagte, hoffentlich gelinge es im Anschluß an die Reichsbüchereien zulaufe zu bringen. Gewissenstreue, Elternrecht und Sicherung der in der Verfassung genannten Schularten sei allerdings Voraussetzung für die Mitbestimmung des Zentrums. Behauptet sich, daß der Sozialfonds von einhalb auf dreiviertel Millionen gekürzt sei.

In persönlichen Bemerkungen zwischen dem Ministerialrat Segar und dem kommunistischen Torgler stellte der Ministerialrat fest, daß ihm in der Tat sowohl im Haushaltsausschuß wie im Plenum des Reichstags hinsichtlich des Filmgesetzes ein Verstummen unterlaufen sei. Es sei richtig, daß die Filmoberprüfungsstelle den Film auf Antrag des Reichstags noch einmal geprüft habe. Er habe den Film zu prüfen müssen, daß ihm diese Tatsache nicht mehr gegenwärtig sei. Auch bei dieser nachträglichen Prüfung sei aber der Film zugelassen worden. — Weiterberatung Donnerstag 8 Uhr.

Sturm auf Altersrenten

Scharfe Abwehrstellung der Sozialdemokratie

In einer Zeit, die als der Wirtschaftswissenschaft letzten Schluß, nur die Volkswirtschaft kennt, gibt es noch immer Leute, die glauben, wenigstens die fälligen Unterstützungsleistungen aus der Invalidenversicherung wären vor der Abbauwelle geschützt. Sie sind jedoch im Irrtum. Hinter den Kulissen wird an einer Generalreduzierung der Alters- und Invalidenrenten eifrig gearbeitet.

Die Träger der Invalidenversicherung, die sogenannten Landesversicherungsanstalten, haben unter sich einen Reichsverband gegründet, dessen „Ständischer Ausschuß“ seinen Sitz in Kassel hat. In diesem Ständigen Ausschuß ist ein Brief des Landrats Dr. Giese von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg gerichtet, der einen Generalkurs auf die Invalidenrenten einleiten befragt.

Hierzu wird noch mitgeteilt, daß auch der frühere Leiter der Invalidenversicherung, Landespräsident Gerhardt, in Sachen der Anstalt vielfach unverantwortlich gehandelt hat. Zur Anerkennung seiner Leistungen hat ihm die Rechte im Provinzialauschuß neben seiner Pension von 18 000 Mark noch einen Zuschuß von jährlich 6000 Mark aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalt bewilligt. Dieser Bewilligung hat auch der Nazi-Vertreter im Provinzialauschuß zugestimmt, trotzdem die Invalidenrenten sonst demagogisch gegen Pensionen zu wehren pflegen!

Der beabsichtigte Ansturm auf die Invaliden- und Altersrenten kam auch im Haushaltsausschuß des Reichstags beim Kapitel Sozialversicherung zur Sprache. Dort führte

Abg. Karsten (Soz.) aus: Die Invalidenversicherung gewähre schon so niedrige Renten, daß ein weiterer Abbau gänzlich ausgeschlossen ist. Die Renten der Unfallversicherung sind den heutigen Löhnen nicht angepaßt. Ganze Berufe stehen noch außerhalb der Versicherung. Die Bestimmungen über Berufsstrafen sind viel zu eng gefaßt, namentlich in Bezug auf Staublungen und Sauererkrankungen. Das Reichsversicherungsamt braucht sehr viel Zeit, im Durchschnitt ein Jahr, zur Beurteilung einer Revision.

Abg. Karst (Soz.): Die für die Reichsfinanzwirtschaft angelegten Mittel sind völlig unzureichend. Die Selbsthilfe der Knappschaft durch Abbau der Leistung wird zum Beispiel von den Kriegsblin-

den als Strafe anzu sehen. Wo zwei Mann daselbe leisten, muß früher drei Mann, oder im Braunkohlenbau gar ein Mann, was früher zwei Mann leisteten, müssen beitragszahler abgeben, während die Auswärtigen bleiben. Das Produkt kann und muß die Soziallasten tragen.

Abg. Witt (Soz.) fordert, daß die Familienangehörigen der Arbeitslosen, der Krisenunterstützungsbefähigten, der Ausweiserenteten, die aus der öffentlichen Fürsorge Unterstützung beziehen, der Pensionen, die Renten aus der Invaliden-, Angestellten- oder Unfallversicherung erhalten, von der Entrichtung des Arbeitslosenanteils und der Krankenkassenbeiträge befreit sein müssen. Diese Befreiung hat sich ferner auch auf die Angehörigen der Schwererleierten, die nach der Reichsversicherung Rente als Schwererleierte oder als Schwerbeschädigte beziehen, zu erstrecken.

Minister Stegerwald antwortet auf die Wünsche der Redner, daß wir für 1931 noch ein ganz schweres Jahr vor uns hätten. In dem arbeitslosen Krisenjahr des Jahrhunderts könne die Sozialversicherung nicht noch erweitert werden, er wolle trotz sein, wenn er alles hätte tun können.

Abg. Müller-Lichtenberg (Soz.) sprach über die Notlage der Invalidenversicherung. Wenn einzelne Landesversicherungsanstalten Zuschußanfragen stellen, so liegt das nicht an Mängeln der Selbstverwaltung, sondern an den schon immer vorhandenen unzulänglichen industriellen Verhältnissen des Gebietes der einzelnen Anstalten. Die Invalidenrenten seien ohnehin schon sehr niedrig. 40 Prozent aller Invalidenbeschäftigten seien Wohlfahrtsempfänger, hier könne nichts mehr gefürchtet werden. Die Renten müssen erhöht werden, und zwar muß das Reich einprägen.

Abg. Grottmohl (Soz.) meint, die Reform der Invalidenversicherung müsse bedenklich lange hinausgeschoben werden, wenn erst die Besserung der Lage des Arbeitsmarktes abgemerkt werden sollte. Es ersehe man verfehlt, wenn an diese Probleme auf die Art herangegangen werde, daß ein Zweig der Sozialversicherung für sich ausheben und provisorisch für den anderen herangezogen werde. So komme man womöglich einmal dahin, daß die ganze Sozialversicherung ins Rutschen gerate.

Geheime Wehrverbände?

Dem SPD. wird aus Stuttgart gemeldet: Die mehr oder minder illegalen Wehrformationen, wie sie seitens der Freikorps heraus entstanden sind, scheinen unter der Last ihrer unheilvollen Weisen zu treiben. Das kann man wenigstens einem Schreiben entnehmen, das von dem Stuttgarter Kommunistenblatt heute veröffentlicht wird. Der Briefkopf dieses Schreibens bezeichnet als Abänderer den Landesverband Südwest-Sachsenland folgender vier Organisationen: Reichsverband der Volkstumskämpfer, Vereintung ehemaliger Kampfbünde und Freiheitskämpfer, Brigade Hoos und Deutsche Wehrmacht.

Von der Abteilung F dieser zu einem gemeinsamen Verband zusammenzuschließen Organisationen geht dieses vom Februar d. J. aus. Wehrmacht im Schwarzwald datierte und mit dem Namen des unterzeichneten Schreibens aus. Darin werden in Beantwortung eingelaufener Bewerbungen bestimmte Fragen gestellt, insbesondere nach der politischen Einstellung der Adressaten. Der wichtigste Punkt des Schreibens lautet:

Wir erwählen:

a) für Gründung von Ortsgruppen die entstandenen Sölden und Ortsgruppen; b) für spätere Betätigung in Abteilung F freie Wehrleute, Quartier, Bekleidung, Verpflegung, 4 Mark pro Tag für Bekleidung, 5 Mark für Bekleidung, sowie Unentgeltlichkeit für gesamte Stellung und Verpflegung. Die Finanzfrage ist separat zu behandeln hat keine illegalen Ziele.

Es ist dringend erwünscht, sobald als möglich festzustellen, zu welchem Zweck von der mysteriösen Abt. F dieses Verbands überlassen wurde eingeholt werden, in welchem Umfang dies geschieht, wobei die Mittel dazu fließen und auf welcher Grundlage Anwerbungen sogar die Verantwortlichkeit auf eine Verpflegung in Aussicht gestellt werden kann. Insbesondere wird festgesetzt werden müssen, ob die ganze Einrichtung im Einklang mit der Reichsregierung und dem Reichswehrministerium steht.

Man schreibt uns: Mit der Ueberschrift verbreiten die Nazis ein Flugblattchen, das neben den üblichen Lügen auch ein Satz enthält: „Der Selbstmord soll ein Scheinwerk als einziger Ausweg aus dem Leben voller Verzweiflung bleiben.“ Ja, das scheint wirklich das einzige Rezept zu sein, das für den armen Menschen zu helfen vermag. Denn sie predigen den Selbstmord aller Kranken, Alten und Krüppel (auch der Kriegsbeschädigten) als bestes Mittel der Unglücklichen! Beweise:

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann gab, wie wir bereits mitteilen, im Verlag von Gerhard Hofmann in Weimar eine Schrift heraus, die den Titel „Die Moral der Rasse“ trägt, wobei folgende Lehren erteilt werden:

Selbstmord ist die einzige Selbentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt. Jeder, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er an einer chronischen Krankheit leidet, soll seine letzte Willenskraft zusammennehmen, um sich von der Last seines Lebens durch den freiwilligen Tod zu befreien und wäre es durch kostbare Nahrungserweiterung. Auf jährlichen Konzentrationen in Sammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Ärzte zu prüfen, die Kranken, Schwachen sind auszuscheiden und zu vernichten. Den Selektionsärzten sei genehmigt, militärische Gewalt anzuwenden, ihr Amt auch gegen den Willen der Kranken streng durchzuführen.

Kommen wir zu diesen menschenfreundlichen Rezepten des Nationalsozialisten, so ist es ihm, weil er ihre brutale Wirkung abschwächen würde. So, ihr Schaffende aller Länder, das ist das wahre Gesicht des Hitlerismus! Heull!

Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann gab, wie wir bereits mitteilen, im Verlag von Gerhard Hofmann in Weimar eine Schrift heraus, die den Titel „Die Moral der Rasse“ trägt, wobei folgende Lehren erteilt werden:

Selbstmord ist die einzige Selbentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt. Jeder, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er an einer chronischen Krankheit leidet, soll seine letzte Willenskraft zusammennehmen, um sich von der Last seines Lebens durch den freiwilligen Tod zu befreien und wäre es durch kostbare Nahrungserweiterung. Auf jährlichen Konzentrationen in Sammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Ärzte zu prüfen, die Kranken, Schwachen sind auszuscheiden und zu vernichten. Den Selektionsärzten sei genehmigt, militärische Gewalt anzuwenden, ihr Amt auch gegen den Willen der Kranken streng durchzuführen.

Kommen wir zu diesen menschenfreundlichen Rezepten des Nationalsozialisten, so ist es ihm, weil er ihre brutale Wirkung abschwächen würde. So, ihr Schaffende aller Länder, das ist das wahre Gesicht des Hitlerismus! Heull!

Grüner in der richtigen Gröhe

Der Senatspräsident am Oberlandesgericht, Grüner, der wegen einer Anklage gegen Minister Grafenitz aus der SPD. ausgeschieden worden ist, ist der Nationalsozialistischen Partei beigetreten und in die Ortsgruppe Mahlow eingetribert worden.

Nachdem der Führer diesen „Agitationserfolg“ in bombastischen Worten feiert — wir gedenken den von der Sozialdemokratie hingerichteten Herrn Grüner den Nationalsozialisten —, so geben wir ihm gleichzeitig die Widmung mit, die ein bürgerliches Blatt, die Frankf. Ztg., diesem Vorgang zuwendet: „Will Hitler einen Sozialdemokraten zu sich herübersieben, dann scheint es schon eine Frage wie die des Herrn Dr. Grüner sein zu müssen: bürgerlicher Jurist, den die Sozialdemokratie einst mit offenen Armen aufnahm und Karriere machen ließ, bis seine Betriebsamkeit kompromittiert wurde, so daß man den Regierungspräsidenten statt des von ihm erhofften weiteren Aufstiegs beim Oberverwaltungsgericht bestellte. Dafür brachte der Parteigenosse den eisenen Minister zu Fall. Nun aus der Partei und landet nun in den Reihen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, in die er wahrscheinlich nicht leicht hineinkommt.“

Preußischer Schulerlaß

Der preußische Kultusminister hat an die ihm nachgeordneten Behörden zu der Frage der Uebersetzung zweier Klassen an einen Lehrer einen Erlaß gerichtet, dem wir folgendes entnehmen: „So wünschenswert es bleibt, daß jeder Lehrer nur eine Klasse Klassenleiter zu betreiben hat, so darf dies in der augenblicklichen Notlage nicht dahin führen, daß einzelne Lehrer mit ihrer Schulleistungsleistung nicht voll in Anspruch genommen werden. Die Uebersetzung zweier Klassen an einen Lehrer als Klassenleiter wird aber in solchen Fällen nicht zu umgehen sein. So es jedoch notwendig erscheint, daß die Schüler der Grundschulklassen nur von dem Klassenleiter unterrichtet werden, kommt die Uebersetzung zweier Grundschulklassen an einen Lehrer nicht in Betracht.“

Reinigung der freien und katholischen Gewerkschaften in Spanien

Paris, 4. April. Wie die Agentur Havas aus Madrid berichtet, haben die freien und die katholischen Gewerkschaften beschlossen, die beiden Organisationen zu vereinen.

Charles de Wendel gestorben

Paris, 3. März. (Ca. Draht) Auf seinem Schloß in der Touraine ist der bekannte lothringische Hüttenbesitzer Charles de Wendel gestorben. Wendel gehörte bis 1912 dem deutschen Reichstag als lothringischer Abgeordneter an.

Das neue Berlin-Gesetz

Im Verfassungsausschuß des Preußischen Landtags wurde das neue Berlin-Gesetz nach dem unter den Mehrheitsparteien zirkulierende Kompromiß in dritter Lesung verabschiedet. Die Regierung hat das Kompromiß ebenfalls als vorläufige Notverordnung angenommen. Das Kompromiß sieht insbesondere eine Stärkung der Stellung des Oberbürgermeisters vor.

Kommunistische Steuerblamage

Die Schwenkung beim Millionensteuerantrag

Im Steuerauschuß des Reichstags stand außer den sozialdemokratischen Anträgen auf Erhöhung der Aufsichtsrats- und Einkommensteuer auch der kommunistische Millionensteuerantrag zur Ausprache. Dabei vollzogen die Kommunisten eine Schwenkung, die größtes Aufsehen erregte. Ihr Millionensteuerantrag sah vor, daß alle Vermögen über eine halbe Million Mark mit einer zwanzigprozentigen Steuer belastet werden sollten. Plötzlich stellten sie den Antrag, daß nur die Einzelpersonen mit einem Vermögen über 500 000 M betroffen werden sollen, aber nicht die Körperschaften. Die großen Konzerne, wie die Vereinigten Stahlwerke AG, der Siemens-Konzern, die AEG, die V. G. Farbenindustrie und alle anderen großen Aktiengesellschaften sollten also steuerfrei sein. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Schwenkung der Kommunisten auf Befehl von Moskau erfolgt ist, und in unmittelbarem Zusammenhang steht mit den engen Beziehungen, die die russischen Sowjetmächte mit der deutschen Großindustrie anknüpft haben.

Schon zu Beginn der Sitzung des Steuerauschußes hatte der Reichsfinanzminister Dietrich erklärt, daß der kommunistische Antrag in der vorgelegten Fassung technisch und sachlich undurchführbar sei. Dietrich wendete sich aber auch gegen die sozialdemokratischen Anträge, weil in der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Verschärfung des Steuerdrucks geeignet sei, eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu verhindern.

Abg. Dr. Herz (Soc.) trat Dietrich entgegen und wies darauf hin, daß die finanzielle Situation des Reiches leider derart sei, daß es auch bei der allergrößten Sparanstrengung nicht ohne große Sorgen der Zukunft entgehen könne: Die sozialdemokratischen Anträge sollen die Finanzlage bessern, vor allem die vorhandenen Lücken im Besteuerungsgebiet ausfüllen. In einer Zeit, in der für die unteren Schichten die Steuerlasten in den letzten einhalb Jahren um mehr als eine Milliarde Reichsmark erhöht worden sind, kann man an den Bekleidenden und an den in Wohlstand Lebenden nicht vorbeigehen. Was die Zuschläge zur Aufsichtsratssteuer betrifft, so darf man nicht vergessen, daß kein Einkommen so mühselig verdient wird, wie die Aufsichtsratsbesolde. Und wenn tatsächlich die Besteuerung der Aufsichtsratsbesolde dazu führen würde, daß ihre Ausschüttung geringer würde oder ganz verschwände, so würde das nur zu begrüßen sein. Denn gerade die Vernachlässigung der Aktionäre durch die Aktiengesellschaften, die wohl große Aufsichtsratsanteile, aber keine Dividenden zahlten, bildet einen der Gründe für die Verödung des Aktienmarktes. Auch die Verschärfung der Besteuerung der Spekulationsgewinne ist gerechtfertigt, da die Gewinne, die aus Börsengeschäften erzielt werden, nicht günstiger behandelt werden dürfen, als Einkommen, die aus Arbeit stammen. Schließlich soll ein alter Wunsch steuerlicher Gerechtigkeit erfüllt werden, die Besteuerung nach dem Verbrauch, wenn ein Einkommen nicht nachweisbar ist. Solange jemand leistungsfähig genug ist, sich aus seinem Vermögen die Mittel zu beschaffen, um in Wohlstand leben zu können, solange erscheint er auch leistungsfähig genug, seinen Teil zu den allgemeinen Staatslasten beizutragen.

Abg. Dr. Föhr (Zentrum) erklärte, wenn die Kommunisten die Verabschiedung ihres Antrags ohne jede Debatte verlangten, so habe sich schon jetzt gezeigt, daß das Verlangen nach einer Ausschuhberatung mehr als berechtigt erscheine. Die Stellungnahme des Reichsfinanzministers habe bereits die Kommunisten veranlaßt, ihren „Millionensteuerantrag“ ganz wesentlich einzuschränken. Besser und klarer sei die Sache dadurch in keiner Weise geworden. Abg. Dr. Neubaier (Komm.) habe erklärt, die Millionensteuer solle nicht von heute auf morgen erhoben werden, damit die Steuerpflichtigen sich darauf einrichten können. Der Gesetzentwurf der Kommunisten enthalte hierüber keinerlei Bestimmungen, er müsse also notwendigerweise ergänzt werden. Die Kommunisten hätten jetzt ihren Antrag einschränkt dahin, daß die Vermögenssteuern in Höhe von 20 Prozent bei Vermögen über 500 000 M nur von abhängigen Personen, nicht aber von juristischen erboben werden sollen. Damit würden nach dem Willen der Kommunisten gerade die größten Vermögen der Abgabe befreit. Bei der Einkommensteuer z. B. würden nach dem kommunistischen Antrag bei Einkommen von 50 000 M dem Steuerpflichtigen 28 000 M, demjenigen aber, der 49 900 M Einkommen hat, 38 000 M verbleiben. Eine derart widerwärtige Gesetgebung kann man von uns nicht verlangen.

Nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten sind also die Beschützer der Großmillionäre. Es ist überles bemerkenswert, daß die kommunistische Presse den geänderten Antrag der Kommunisten bisher nicht veröffentlicht hat.

Man schreibt uns: Mit der Ueberschrift verbreiten die Nazis ein Flugblattchen, das neben den üblichen Lügen auch ein Satz enthält: „Der Selbstmord soll ein Scheinwerk als einziger Ausweg aus dem Leben voller Verzweiflung bleiben.“ Ja, das scheint wirklich das einzige Rezept zu sein, das für den armen Menschen zu helfen vermag. Denn sie predigen den Selbstmord aller Kranken, Alten und Krüppel (auch der Kriegsbeschädigten) als bestes Mittel der Unglücklichen! Beweise:

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann gab, wie wir bereits mitteilen, im Verlag von Gerhard Hofmann in Weimar eine Schrift heraus, die den Titel „Die Moral der Rasse“ trägt, wobei folgende Lehren erteilt werden:

Selbstmord ist die einzige Selbentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt. Jeder, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er an einer chronischen Krankheit leidet, soll seine letzte Willenskraft zusammennehmen, um sich von der Last seines Lebens durch den freiwilligen Tod zu befreien und wäre es durch kostbare Nahrungserweiterung. Auf jährlichen Konzentrationen in Sammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Ärzte zu prüfen, die Kranken, Schwachen sind auszuscheiden und zu vernichten. Den Selektionsärzten sei genehmigt, militärische Gewalt anzuwenden, ihr Amt auch gegen den Willen der Kranken streng durchzuführen.

Kommen wir zu diesen menschenfreundlichen Rezepten des Nationalsozialisten, so ist es ihm, weil er ihre brutale Wirkung abschwächen würde. So, ihr Schaffende aller Länder, das ist das wahre Gesicht des Hitlerismus! Heull!

Die Industriellen in Moskau



Die deutschen Industriellen: „Wer wird denn dort gefesselt abgeführt?“ „Ach, das sind ein paar Sozialdemokraten, die wir anagen und demnächst erschöpfen werden.“ — Die Industriellen: „Bravo, hier gefällt es uns!“

Sowjetspiel mit Menschenleben

Prosekkumel in Sowjetrußland

Berlin, 4. März. (SP.) Der Prosech gegen die verzeubt ehemalsen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, die das sogenannte Unionbüro des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands darstellen sollen, hat begonnen. Er ist ähnlich aufgezogen worden wie der Kamfprosech und die Regie funktioniert eben so gut. Die Angeklagten gesehen. Sie e stehen alles was gemüßigt wird. Sie reden und erzählen, als ob sie der Staatsanwalt Arlenko in eigener Person wären. Ihre Aussagen sind denen des Professors Kamfın wärdig.

Die angeklagten vierzehn ehemaligen Menschewiki haben beim Beginn des Prozesses in Form von „Gekändnisse“ Behauptungen der Anklageschrift wiederholt. Diese Gekändnisse mögen ihren Zweck erfüllen zur propagandistischen Ausschaltung bei der Bevölkerung Sowjet-Rußlands, die von der Kenntnis politischer Tatsachen und von der Wahrheit systematisch ausgefressen ist und von den hochgewirtschaften Machthabern in einer Art von Wahnglauben gehalten wird. Die propagandistische Wirkung über die Grenzen Rußlands hinaus, die sich die Moskauer Diktatoren von diesem Prosech für ihren Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie versprechen, werden sie nicht haben. Denn diesen Gekändnissen stehen Tatsachen und Erklärungen gegenüber, die außerhalb Rußlands in vollster Freiheit und Öffentlichkeit von den angegriffenen und verurteilten Menschewiki und deutschen Sozialdemokraten festgesetzt werden.

Es ist eine Tatsache, daß ein Unionbüro des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands existiert. Diese Tatsache ist in vollster Öffentlichkeit seit seiner Gründung in dem in Berlin erscheinenden Sozialistischen Boten wiederholt festgesetzt worden. Aber dieses Komitee ist selbstverständlich nicht identisch mit jener Gruppe von Leuten, die seit mehr als zehn Jahren aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Rußlands ausgeschleudert sind und jetzt auf der Anklagebank in dem neuen Moskauer Schauerprosech sitzen.

Es ist eine Tatsache, daß dieses Büro nicht erst im Jahre 1928 gegründet wurde, wie die Anklageschrift behauptet, sondern Jahre vorher. Es ist ferner eine Tatsache, daß Abramowitsch, der angeblich im Jahre 1928 dieses Büro in Moskau gegründet haben soll,

Russischer Theateralarm

Moskau, 4. März. In den letzten Tagen sind in der Sowjetpresse wieder eine ganze Reihe von Alarmartikeln über eine bevorstehende Intervention gewisser ausländischer Mächte zum Sturz des Sowjetregimes erschienen. Noch unlängst wurde die führende Rolle bei einer solchen Intervention England zugeschrieben. Jetzt wird in der Sowjetpresse diese Rolle Frankreich überwiesen. Laut Prawda werde in dem bevorstehenden Krieg nach einem vom französischen Generalstab ausgearbeiteten Plan der erste Schlag die Ukraine treffen, wobei die Hauptrolle bei der Durchführung der Intervention Polen und Rumänien spielen sollen.

Freistaat Baden

Aufrechterhaltung der ordentlichen Sicherheit und Ordnung

Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht in Nr. 11 eine Bekanntmachung des Ministers des Innern, wonach unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 14. Januar d. J. auf Grund des § 29 des Polizeistrafgesetzbuches in der Fassung des Gesetzes vom 26. Februar 1931 das öffentliche Tragen von Kostümförmern und Bundessträßen (einheitlicher Kleidung) öffentlicher Verbände und Organisationen für den Bereich des Freistaates Baden bis 1. April 1931 verboten wird. Verboten werden ferner auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Märsche und Kundgebungen) auf öffentlichen Straßen und Plätzen wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Veranstaltungen öffentlicher Art, soweit sie herkömmlich sind, ohne politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen. Obige Anordnungen treten sofort in Kraft. (Durch die Bekanntmachung vom 14. Januar war das allgemeine Uniformverbot aufgrund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung erlassen worden.)

Schul- und Wirtschaftsentscheidungen im Haushaltsauschuß

Die Nazi verweigern die Mitarbeit

Aus dem Haushaltsauschuß des Badischen Landtags wird uns geschrieben: In der Sitzung des Haushaltsauschusses wurde eine Mitteilung des Landtagspräsidenten bekanntgegeben, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten die Hebernahme und Bearbeitung von Beschlüssen verweigern, weil die Fraktion es so beschließen habe. Im Haushaltsauschuß für Schule und Wirtschaft seien demzufolge die Beschlüsse von Nationalsozialisten zurückgegeben worden. Damit werden die Nationalsozialisten zu dem Zweck gezwungen, die öffentliche Arbeit liegen zu lassen, weil sie nicht dazu fähig sind, dann wollen sie nur Sprüche machen, Diktanden schreiben, frei fahren; das können sie dann parlamentarische Tätigkeit.

Wir sind die Nationalsozialisten, wir schwören auf Hitler nur und Fried, wir fahren fort und machen Reut, doch schaffen wollen wir nicht!

Der Haushaltsauschuß beriet in seiner Sitzung am 4. März eine Anzahl Anträge, die in das Gebiet der Schule gehören. Die Gewerkschaften (Vereine) wollten die Wiedererrichtung der Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg, wo durch die Stellungnahme der Regierung für erledigt erklärt, da eine 2. Stelle für erforderlich gehalten wurde.

Die liberale Volkspartei hatte beantragt, die Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg als mäßig zu schließen, die Kommunisten hatten die sofortige Schließung jener in Freiburg und Heidelberg verlangt. Außerdem wollten die Kommunisten eine solche Herabsetzung der Klassenstärke in den Volksschulen, die finanziell nicht durchführbar ist, da sie mehrere Millionen Mark Kostenaufwand verursachen würde. Diese Forderung erschien dabei aussichtslos. Ebenso ist die verordnete Heberführung der Schüler von Lehrerbildungsanstalten Heidelberg und Freiburg an die zu Karlsruhe technisch nicht herbeiführbar erschienen.

Wann hat die Unterrichtsverwaltung schon unterm 6. Oktober 1930 veröffentlicht, daß

für Ostern 1931 keine Aufnahmen für Sozialisten in eine Lehrerbildungsanstalt

beständen. Diese Maßnahme begründet der Minister in der Sitzung und legte dar, wie die Entwicklung in der Zahl der Jungler und weitere Sperrmaßnahmen es mit sich bringen können, daß auch im kommenden Jahre eine ähnliche Maßnahme nötig sein dürfte.

Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Staatspartei hielten es für gut, es dem Ermessen der Regierung zu überlassen, zu gegebenem Zeitpunkt die nötigen Anordnungen von sich aus zu treffen.

Aus diesem Grunde wurden die vorliegenden Anträge auf Schließung der Lehrerbildungsanstalt durch die Maßnahmen und durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Regierung zu ersuchen, in den Bestimmungen über die studentische Selbstverwaltung an den badischen Hochschulen die Bestimmungen des Bestimmungsgesetzes über die Minderheiten der Studierenden das Bestimmungsrecht gemäß

und dabei die Verhältnismäßigkeit anzuwenden wird, fand einstimmige Annahme. Diefem Antrag lagen die bekannten Vorgänge im Heidelberger Fall zu Grunde, wo bekanntlich der Nazi-Vertreter ohne Verhör und Verurteilung sich ausübte. Der Nazi-Vertreter glänzte durch Abwesenheit.

Der Minister nahm der Haushaltsauschuß folgenden Antrag an: „Die Regierung wird ersucht, ihre bisherigen Bemühungen zur Erhaltung und

Förderung der badischen Holzwirtschaft

fortzusetzen, insbesondere 1. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei der Zollsenkung und den Handelsverträgen auf die große Notlage der badischen Wald- und Holzwirtschaft gebührende Rücksicht genommen wird; 2. bei der Reichsbahnverwaltung auf eine die Interessen der badischen Holzwirtschaft fördernde Tarifpolitik hinzuwirken; 3. dafür beizutragen, daß bei allen öffentlichen Bauten des Staates, der Gemeinden und der sonstigen öffentlichen Körperschaften in erster Linie und hauptsächlich inländisches Holz verwendet wird; 4. in gleichem Sinne auf private Unternehmer einzuwirken; 5. Zuschüsse und Subventionen aus öffentlichen Mitteln zu erteilen, wenn bei diesen in erster Linie und hauptsächlich inländisches Holz verwendet wird, wenn solches zu angemessenem Preis und entsprechender Beschaffenheit vorhanden ist. Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse auf dem Holzmarkt durch die Konkurrenz der Holzeinfuhr aus Ausland und billigen Bahnfrachten für dieses Holz.

Wirtschaftsrechtliche Anträge gegen die Mieter

Schließlich beschäftigte sich der Haushaltsauschuß noch mit einem Antrag der Wirtschafts- und Bauernpartei dahingehend, daß die Regierung eine Verordnung erlasse, wonach die Umlegung erhaltener Steuern und anderer Dinge auf die Mietspiegel ausgesetzt werden soll. Die Regierung ist diesem Antrag durch eine Verordnung am 26. Februar 1931, wonach die Betriebskosten für ein Gebäude Betriebskostensteigerung von 5 Prozent hierzu nicht überschritten werden darf. Dies ist allerdings voraus, daß die gesamten Betriebskosten nicht nebenbei noch besonders vom Mieter herangezogen werden. Aus der Darstellung des Herrn Ministers geht hervor, daß die Hausbesitzer die Ziffer von 25 Prozent und 25,75 Prozent als Betriebskostengrenze bei ihrem äußersten Entgegenkommen vorzuschlagen hatten. Die Regierung glaubte, das richtige Maß zu haben, da ein weitergehendes Entgegenkommen gegen die Hausbesitzer bei dem allgemeinen Bestreben auf Preisentkung

nicht vertreten werden konnte, zumal auch der Lohn- und Gehälter-Adressen einem solchen entgegenstand. Der Vertreter des Hausbesitzes erwies sich jedoch bei Begründung seines Antrages als ein Nimmermännchen für ihn gibt es keinen Ausgleich in dieser Frage. Der Antrag wurde jedoch gegen seine Stimme durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt. Bemerkenswert ist, daß der Vertreter der Nationalsozialisten nicht einmal die Erledigung seines Antrages über die Verhältnisse auf dem Holzmarkt abgewartet hat, sondern vorher verschwunden ist; ein Beweis dafür, daß er für diese, die badische Volkswirtschaft eng berührende Frage trotz der „katastrophalen“ Lage nur ein Nativitätsinteresse hatte.

Adam Röder zum Fall Eckert

In der Stellungnahme des Oberkirchenrats gegen Eckert antwortet Adam Röder in der vorstehend herausgegebenen Nummer seiner Süddeutschen Korrespondenz. In einem Artikel zum Fall Eckert beschäftigt sich Röder — der ein Evangelischer und zwar ein positiver Evangelischer ist — auch mit der Behauptung, daß Eckert nur wegen der Maßlosigkeit seiner Angriffe diszipliniert werden könne, aber er ist trotzdem der Meinung, daß der Hinweis auf die Maßlosigkeit Eckerts nur ein Vorwand sei. Man wolle in Wahrheit an dem Parre, weil er ein Sozialist ist, ein Exempel statuieren. Röder warnt deshalb vor der Wahrnehmung Eckerts.

Chaos

Man schreibt uns: Men die Wirtschaftskrise von seiner gewohnten Arbeitsstätte vertrieben hat, wer monatelang sich vergebens um Arbeit bemüht, wer sein Hab und Gut immer mehr zusammenkrumpfen sieht, ohne die Möglichkeit der notwendigen Ergänzung, wer aneignend des täglichen Lebens jede Hoffnung auf Besserung aufgibt, der erlebt schon heute das Chaos. Das Wissen, daß wenigstens auch ohne große persönliche Leistung viel verdienen, während die große Masse der anderen nur das Notwendigste, ja meist nur so viel verdienen, daß sie nicht Hungers sterben, das muß ihm die Gewißheit geben, daß er die vielen um den besten Teil des Ertrages ihrer Arbeit befohlen werden. Daß der Staat der Ordnung auf Grund der heutigen Wirtschaftsordnung noch diesen Diebstahl sanktioniert, das muß er als Gewalttat, als Terror einer regierenden Klasse empfinden. Er hat das Chaos täglich und stündlich vor Augen.

Deshalb muß die Dauer-Arbeitslosigkeit von der radikalen Forderung aller Arbeitslosen führen. Es hat keinen Zweck, sich dieser Erkenntnis zu verschließen. Wer selbst nie satt wird und den Lebenshunger seiner Kinder nie stillen kann, für den verliert der Begriff Chaos die Schrecken, die er für den in voller Kraft Stehenden hat. Er muß unweigerlich einer Psychose verfallen, die ihn in jedem, der noch Arbeit und Brot hat, einen Dieb oder Hehler sehen läßt.

Wird die Erkenntnis dieser Gefahr und das energische Streben für zu begreifen, erst kommen, wenn die Masse der Chaotischen das allgemeine Chaos gebracht hat? Griefe

Aus aller Welt

Otto Reutter gestorben

CHB, Berlin, 4. März. Otto Reutter, Deutschlands erster Humorist, ist gestern abend gegen 11 Uhr in Düsseldorf an den Folgen einer Herzkrankheit gestorben. Der Künstler hat ein Alter von 61 Jahren erreicht.

Erdbeben an der italienischen Ostküste

Ancona, 4. März. Ein starker Erdstoß, der drei Sekunden andauerte und dessen Herd in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegen haben muß, wurde heute nachmittags um 10.47 Uhr verspürt. Schon gestern nachmittags und während der Nacht wurden einige allerdings sehr leichte Erschütterungen beobachtet. Das heutige Beben wurde auch in Sinigaglia verspürt und rief dort eine Panik hervor.

Das Große Los

Wie aus Berlin gemeldet wird, wurde in der heutigen Nachmittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie das Große Los in Höhe von 500 000 Mark auf die Losnummer 141 328 gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Westfalen in Hesse-Nassau und in der zweiten Abteilung in Westfalen im Freistaat Hessen geteilt.

Freipruch im Berliner Verespionageprozeß

CHB, Berlin, 4. März. In dem Prozeß wegen Verespionage, der am Dienstag und Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt worden war, wurden sämtliche Angeklagte mangels Beweises freigesprochen.

Berggruß bei Thurnich an der Mosel

Trier, 3. März. In dem bekannten Weinort Thurnich an der Mosel ereignete sich heute ein Berggruß, bei dem sich viele hunderte Kubikmeter Boden loslösten und laminarartig ins Tal stürzten. Sie rissen Weinstöcke und Mauern mit sich. Der Schaden ist beträchtlich.

Bergführer Kronig gestorben

Zermatt, 3. März. Im Alter von 41 Jahren starb Bergführer Hermann Kronig, einer der Gründer des Schifflub Zermatt und Pionier des Schifflub im Zermatter Tal.

Sunderson über seine Verhandlungen in Paris und Rom

London, 4. März. Im Unterhaus erklärte Außenminister Sunderson, der von seinen Parteifreunden lebhaft begrüßt wurde, über seinen Besuch in Paris und Rom: Ich freue mich, dem Soule mitteilen zu können, daß — vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Unterzeichner des Londoner Vertrages — eine Lösung der Fragen gefunden wurde, die die Flottenkonferenz in der Schmelze gelassen hatte.

Präsident Hoover über die italienisch-französische Flottenvereinbarung

Washington, 4. März. Präsident Hoover erklärte, wie offiziell bekanntgegeben wird, die französisch-italienische Flottenvereinbarung sei ein Ereignis, zu dem die ganze Welt die beiden Nationen nur beglückwünschen könne.

Volkswirtschaft

Die Generalkonferenz der Eisenwerke Gengenau, H. G. Gengenau genehmigte einstimmig sämtliche Punkte der Tagesordnung und schloß damit die zur Erfüllung des Antrags 1930 mit den Gläubigern abgestimmten Vergleichen notwendigen Beschlüsse.

Der Verlängerung des chemisch-wirtschaftlichen Kohlenhandels haben sämtliche Vertragspartner mit Ausnahme von zwoelen, zugestimmt, deren Anschließ an das Schluß der Reichswirtschaftsminister verfügt hat.

KOLAND
Das
Publikum
ist beglückert
von den
Glanz-
Leistungen
der neuen Künstler

Colloleum
Täglich 8 Uhr
Verpflichtete
Unschuld
Als Gast
Marga Peter
v. J. Komischen
Oper Berlin
Der Gipfel
der Weltkultur!

Badisches
Landestheater
Zomerstag, 5. März
Sondermiete
Reinhardt
4. Vorstellung
der Vorstellung II
rote Karten

Meyer XI
Schauspiel
von Wellensamp
Regie: Da imbach
Mitwirkende: Vertiam,
Fronendorfer,
Genter, Köhler,
Kobmayer, Schreiner,
De. ein. Brand,
Kloebel, C. Hienlcher,
Wehner, Müller,
Walter, Schulz,
u. d. Ernd
Anfang 20 Uhr
Ende 22 15 Uhr

Flügepumpe für
Gar-
ten zu kaufen gesucht
Hauptstr. 9, 1. St. z.

Mühlen Franck
Die gute Kaffeewürze
Mühlen Franck
ist verfeinerter
Aecht Franck
Mühlen Franck
würzt,
kräftigt,
verbilligt
Jedes
Kaffegetränk.

Hausfrauen

Euer gutes Geld
verwendet Ihr sparsamer,
wenn Ihr stets die echte
Franck-Kaffeewürze kauft. Ihr
erhaltet sie fortan unter dem
neuen gesetzlich geschützten
Markennamen

Mühlen Franck

Die gute Kaffeewürze
Mühlen Franck
ist verfeinerter
Aecht Franck

Mühlen Franck
würzt,
kräftigt,
verbilligt

Jedes
Kaffegetränk.

Kleine bad. Chronik

Der Mord in Gengenbach

Offenburg, 5. März. Bei den beiden des Mordes von Gengenbach verdächtigsten Handwerkerhandeln handelt es sich um den am 3. April 1928 geborenen Otto Rogel aus Straßburg und um den am 7. April 1910 in Waldalbm geb. Steinhauer Franz Panther.

Landwirtschaftliches Gebäude eingeschürt. — Die Autospritze im Schnee festes geblieben.

St. Georgen i. Schw. Gestern morgen gegen 1/2 Uhr brach im Anwesen des Landwirts Wilhelm Stalger am Kupfersberg Feuer aus, dem der Schornstein samt neu angebaute Teil zum Opfer fiel. Die Feuerwehr konnte das Wohnhaus vor einem Uebergeleit der Flammen bewahren. Der Schaden ist bedeutend, die Brandursache unbekannt. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwierig wegen des bergigen Geländes, der schlechten Zufahrtsstraßen und der hohen Schneemassen. Die Autospritze blieb im Schnee festes. Glücklicherweise geschah dies jedoch auf dem Rückwege von der Brandstelle.

Söllingen (bei Durlach). Auf der Durlacher Landstraße fuhr ein Personauto in der Dunkelheit gegen eine Telegrafendrahtspanne. Es wurde über die Spanne gefahren und blieb schwer beschädigt im Walde liegen. Der Chauffeur zog sich schwere Kopfverletzungen zu. Er war vom Scheinwerfer eines entgegenkommenden Lastkraftwagens geschendet worden, dessen Führer weiterfuhr, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern.

Bruchsal. Entlassungen. Die Eisenbahnstationen haben neuerdings weitere 17 Arbeiter entlassen, darunter solche mit 25- und 30-jähriger Dienstzeit.

Wiesloch. Dienstag nachmittags wurde am hiesigen Bahnhof das 6 Jahre alte Kind des Heizers Jakob Gabriel von einem Kraftwagen angefahren. Das Kind erlitt einen Oberschenkelbruch und mußte in das Heidelberger Krankenhaus verbracht werden. — Am Ortsausgang von Diebheim nach Wiesloch fuhr der Kraftwagen des Kaufmanns Kölling gegen einen Baum, wobei ein Infolge erhebliche Verletzungen erlitt.

Vorsheim. Die einst weltbekannte Vorsheimer Bestickfirma Gebr. Hepp hat den Betrieb eingestellt.

Vorsheim. Umwelt Spielberg wurde auf die nach Ettlingen fahrende Frischkraftbahn am Freitag morgen ein Anschlag verübt, indem mehrere Stämme aus dem nahen Walde über die Straße gemäht waren. Ein Radfahrer entdeckte das Hindernis noch rechtzeitig und konnte den Führer des gutbefahrenen Frischkraftwagens warnen. Auf dem Amtshaus. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Landgericht Freiburg wurde der verheiratete Schreinermeister Emil Haufer festgenommen und dem Freiburgener Untersuchungsgefängnis zugeführt. Er steht im Verdacht in einem Zivilprozeß einen Meineid geschworen zu haben.

Kensingen. In das Amtsgefängnis Kensingen wurde eingeliefert der selbige Versicherungsagent Lufo Geyer von Grafenhausen bei Eppenheim. Er hatte sich mehrere Fahrraddiebstähle zu schulden kommen lassen.

Kniefänger Schneemerkel am 4. März. Zuzubr. 82 Milchscheweine. Preis: 27 bis 37 M pro Paar. Handel lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 11. März.

Berabekung des Postes für Druckfächer. Mit dem 1. März trat eine Ermäßigung des Druckfächerpostes von fünf auf vier Pfennig ein. Die Verbilligung gilt indes nur für Druckfächerpostungen bis zum Gewicht von 20 Gramm, Druckfächer, welche schwerer als 20 Gramm sind, müssen bis zum 50-Gramm-Gewicht, wie bisher, mit 5 Pfennig frankiert werden. Die Berabekung des Druckfächerpostes gilt nur für den inneren Verkehr mit Deutschland und außerdem für den Freilicht-Danzig, Litauen, Memelgebiet, Vuzemburg und Oesterreich. Nach den übrigen Ländern des Weltverkehrs beträgt die Mindestgebühr für Druckfächer nach wie vor 5 Pfennig.

Lotterie des Schwarzwaldbereichs und der Badischen Heimat. In der Zeit vom 1. März 1931 bis 28. Februar 1932 veranstaltet der Badische Schwarzwaldbereich zusammen mit dem Verein Badische Heimat eine zweite große Badische Geldlotterie in Loos- und Losen mit sofortigem Gewinnentscheid. Der Erlös der Lotterie ist für die gemeinnützigen Aufgaben der beiden Vereine.

Die Landesversammlung des Bundes Deutscher Architekten Landesbezirk Baden hat am 28. Februar und 1. März unter großer Beteiligung der gesamten Kollegenschaft aus dem badischen Land in Freiburg stattgefunden. Sie wurde eingeleitet durch eine öffentliche



Der Vater der Wolkenkratzer gestorben

Die Wolkenkratzerzeiten von Keunorf; im Mittelpunkt der riesige Chrysler-Wolkenkratzer. Links oben: Der Architekt Buffington, der dem Geist der amerikanischen Städte seine Prägung gab. Von dem Buffington, der Erfinder des Wolkenkratzer-Stahlbaues, ist in Minneapolis (Minnesota) 83-jährig gestorben. Buffington hatte keine Erfindungen, die sehr bald in ganz Amerika Anwendung fanden, zum Patent angemeldet, jedoch im ganzen nur eine Einnahme von 10.000 M. davon gehabt.

Rundgebung im Städtischen Kaufhaus, verbunden mit einem vorläufigen Vortrag des Architekten W. A. Looser über das Thema „Architekten in Amerika“ und einem Referat des Vorstandes des Städt. Hochbauamtes von Freiburg Oberbaudirektor Dr. Schlippe über die gesamte Wohnungsbaupolitik der Stadt Freiburg in der Nachkriegszeit. Die Beiträge über die wirtschaftliche und politische Stellung des Privatarchitekten im öffentlichen Leben nach dem Kriege hielt der 1. Vorsitzende des Landesbezirks Architektenvereins Dr. Prunisch, wobei er besonders auf die großen Anforderungen hinwies, die heute an die Persönlichkeit des freischaffenden Architekten durch die vollständige Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse gestellt werden. Er überreichte im Namen des Gesamtverbandes dem Oberbürgermeister Dr. Bender und Bürgermeister Högl von der Stadtverwaltung Freiburg und den Mitgliedern des Städt. Bauamtes aus Heidelberg und Deines aus Karlsruhe je ein Exemplar der im Jahre 1928 gestifteten Weindemerkelplakette mit Ehrenurkunde. Die öffentliche Sitzung hinterließ bei allen Anwesenden einen tiefen Eindruck. Als Vertreter des Staatspräsidenten war Ministerialrat Dr. Sürzmaier anwesend.

Am Nachmittag wurde unter der bewährten Führung des Oberbaudirektors Dr. Schlippe die Wohnungsbauarbeiten der Stadt Freiburg besichtigt. Das Gesehene befriedigte außerordentlich wegen der großen künstlerischen Qualität und besonders deshalb, weil die Arbeiten fast ausschließlich von Freiburger Privatarchitekten durchgeführt worden sind. Den Höhepunkt der Besichtigungsfahrt bildete die Schaustellung der im Sommer 1928 gestifteten Weindemerkelplakette, die seine Entschiedenheit, den technischen und finanziellen Organisation der 2. Vorsitzenden des Landesbezirks, des Architekten W. A. Mühlbach, verbandt.

Der Sonntag war zum größten Teil der Beratung in einer nichtöffentlichen Sitzung gewidmet. Die tragische wirtschaftliche Lage und die Not, die in die Familien der Privatarchitekten als selbstverständliche Folge eintreten gehalten hat, löste lange Debatten und Beratungen über die Möglichkeit der Abhilfe aus. Es wurde einstimmig eine Entschliessung gefasst, die Badische Staatsregierung zu bitten, für die Dauer von zwei Jahren allen Baubeamten die Übernahme jeder besetzten und unbesetzten Nebenarbeit zu verbieten. Es wurde gleichfalls beschlossen, die gleiche Anregung allen Stadtverwaltungen und sonstigen öffentlichen Körperschaften zu machen zu lassen. — In einer weiteren Entschliessung soll die Stadtverwaltung Offenburg gebeten werden, alles zu tun, was bei der bevorstehenden Errichtung des Arbeitsamtes die sich aus diesem Projekt ergebende Arbeitsmöglichkeit dem gesamten badischen Unternehmertum und die außerdem notwendige Planbearbeitung und Paulierung der Offenburg Privatarchitekten-Schaft vorbehalten bleibt. Zu dieser Entschliessung gab der Versammlung insbesondere auch die Tatsache Veranlassung, daß andere Bundesstaaten und außerbadische Städte zu der Durchführung sol-

cher Aufgaben grundsätzlich nur einheimische Arbeitskräfte und Unternehmern heranzuziehen. — Die Sitzung wurde vom 1. Vorsitzenden geschlossen mit der Aufforderung, jeder Einzelne möge an seiner Stelle sein Möglichstes tun, um das Ansehen und den Wert des Standes der Privatarchitekten zu heben.

Gemeindepolitik

Notgemeinschaft Hagelsfeld

Wie vielerorts in diesem Winter, so befiel auch hier Hagelsfeld die Gemeinde mit der Gründung einer Notgemeinschaft. Zu diesem Zweck hat er im Laufe des Monats November n. J. den Kirchenvorstand, sowie den Vorsitzenden des hiesigen Frauenvereins, Herrn Kirchrat Benmann, zu einer Besprechung aufs Rathaus eingeladen, zur Bildung eines Komitees. Allgemein war man der Auffassung, daß im Hinblick auf die trostlose Lage der Gemeinde alles versucht werden sollte, um der Not einigermaßen Herr zu werden und die Bedürftigen etwas zu helfen. Das Komitee, das aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden, sowie dem Ortsgeistlichen, Herrn Pfarrer Ernst, Mitgliedern des Gemeinderats, sowie des Kirchenvorstandes und zwei Damen des Frauenvereins besteht, hat sich im Laufe des Monats Dezember mit einer Hausbesuchung befaßt, und es kann zur Ehre unserer Einwohnerschaft gesagt werden, daß soweit es in ihren Kräften stand, sie sich regen an der Sammlung beteiligten hat. An Naturalien wurden schöne Mengen Kartoffeln, Holz, Kohlen, sowie alle Arten von Gemüsen, Gemüse, Mehl und Fett abgegeben. Die Bedürftigsten lieferten Kolonialwaren aller Art, Schuhe und Kleidungsstücke. Es würde zu weit führen, alle die einzelnen Namen zu nennen, zumal auch viele Helfer dabei sind, die nicht genannt sein wollen. An Geldbeiträgen beteiligten sich vor allen Dingen die hiesigen Selbstbedienten, ebenfalls auch ein Teil der Arbeiter, soweit sie noch in Arbeit stehen. Einzelne Personen leisteten ganz ansehnliche Beträge, die jedoch nicht genannt sein wollen. In anerkennenswerter Weise hat sich auch der hiesige Frauenverein beteiligt, mit monatlichen Raten von je 4 M., zusammen bis jetzt 120 M. Im ganzen sind bis jetzt mehr als 600 M. eingegangen. An Weihnachten bekamen die Bedürftigsten je 5 M. nebst den angeführten Naturalien. Vom Rest des Geldes, betrug die Gemeinde im Februar einen Betrag von 200 M., wovon die Gemeinde den Betrag von 200 M. befreite. Bei Verteilung der Beträge hat der Gemeinderat im Einverständnis mit dem Komitee beschlossen, dieselben an die Bedürftigsten abzugeben, jedoch an diejenigen, die Gattungsbeziehungen nicht, da möglich auf den Standpunkt stellte, daß derjenige, welcher 8 Stere Geragabholz besitzt, nicht als bedürftig anzusehen ist. Trotzdem erlaubte sich eine bekannte kommunistische Persönlichkeit, ebenfalls ebenfalls 2 Zentner Bretter zu holen, obwohl gerade der Gemeinderat in der Gemeinderatssitzung am 27. Februar die Verteilung der Bretter ablehnte. Beim Gemeinderat denken aber seine Anhänger anders, was ja in unserer Gemeinde geltend bekannt ist.

Gemeinderatsbeschlüsse

Appenweier (Sitzung vom 27. Februar)

1. Ein Befehl gemordener Teich im Durbach soll repariert werden.
2. Die Ausführung einer Reparaturarbeit an Feuerwehrraum wird vergeben. 3. Die Ausführung einer Nacharbeit an dem im vergangenen Herbst angelegten Volkshausweg wird vergeben.
4. Die neu anzulegende Straße, welche den Namen Volkshausweg erhält, soll nach den durch den Architekten Bretel vorgelegten Plänen ausgeführt werden. Für den Erwerb des erforderlichen Grundes sowie für die Geldbeschaffung sollen alsbald die nötigen Schritte unternommen werden.
5. Die Gemeinde Urffellen hat sich bereit erklärt, auf einen auch vielfach von Einwohnern genannter Gemeindefahren Waldweg im Schlag 12 einen Eisenbahnmaterial-Ausgangsweg zu führen, wenn die hiesige Gemeinde die Hälfte der Zehrkosten übernimmt. Dem Vorhinein wird zugestimmt. Gegen die vom Telegraphenbauamt Karlsruhe beschlossene Anlage der Fernmeldeleitung (Kabel) in der neu anzulegenden Straße wird kein Einspruch erhoben. 7. Die Wasserbezugsordnung wird endgültig verabschiedet. Bei Neuanmeldungen an die Leitung wird der jeweils auszuführende Hausanschluss bis zu einer Länge von 15 Meter ab dem bestehenden Leitungsstränge bis Wasserdruckbruch auf Kosten der Gemeinde hergestellt. 8. Mehrere Angelegenheiten werden in Wohlfahrtsfürsorge übernommen.

Gute billige Weine
in Literflaschen 20% für die Konfirmationsjahre
Verlangen Sie meine neuerelehaltigste Wein-Preisliste in meinen Filialen
BUCHERER
5% Rabatt!

Abbruch!
Deinem Eisenbahner-Vereinsmitglied e. G. m. b. H. Partridge, hat auf dem Gelände der ehem. Oblikaudule (Zugabtriebe) 2 Wohngebäude am Abbruch zu verkaufen
Angebotformulare und Abbruchbedingungen werden im Geschäftszimmer der Eisenbahner-Vereinsmitglied e. G. m. b. H. Partridge bis spätestens 5. März 1931 bereitgestellt mit der Aufschrift „Abbruch“ an den Vorstand der Eisenbahner-Vereinsmitglied e. G. m. b. H. Partridge

FARBEN-LACKE-OELE
für jeden Zweck streichfertig
biling und gu.
Farbenfabrik Franz Lulpold
Kornstr. 30, b. Gutenbergplatz

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO

VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
EIN RATGEBER FÜR ERHEBLICHE UND SOLCHE, DIE ES WERDEN WOLLEN
130 bis 145 Tausend. Erweitert und mit Zeichnungen versehen. Preis 80 Pfennig.
Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 24 • Fernruf 771 • 21

TIETZ
Lebensmittel
Stets frisch, Stets gut, Stets billig

Verkauft soweit Vorrat		
Romadour 20%, Lab ca. 250 gr	25/-	
Tilsiter vollfett mit Rinde (Schmand-Engel) 1/4 Pfund	35/-	
Allg. Dessert-Käse 3 Schachteln	45/-	
Ostsee-Sardinen ohne Kopf in Wein-Senf-Tomaten Dose	55/-	50/-
Span. Olsardinen Hausmarke Dose	65/-	50/-
Salm Dose	1.45	85/-
Calif. gemischte Früchte 2 Pfd.-Dose	2.40	
Calif. Birnen oder Anrikosen 2 Pfund-Dose	2.25	
Calif. Pflirsche 2 Pfund Dose	1.50	
Kab'lau (im Ganzen, Pfund)	35/-	
Schellfisch (im Anschult, Pfd.)	38/-	
Fischfilet	40/-	
Brautschellfisch Pfund	32/-	
Grüne Heringe 3 Pfund	48/-	
Goldbarsch-Filet, Kab'lau-Filet, Zander gefr., 2-4 Pfund schwer	58/-	
Likör Hausmarke, 6 Sort., 1/4 Flasche	3.50	
Fruchtschaumwein Hausmarke 1/4 Flasche	1.90	
Reiner Weinbrand 1/4 Fl. 2.25 1/4 Flasche	3.95	
Feinstes Weizenauzugsmehl "Stadion" 5 Pfund	1.38	
Feinstes Weizenmehl "Stadion" 5 Pfund	1.28	
Calif. Mischobst sehr ergieb., Pfd.	65/-	
Neue Erdnüsse Pfund	38/-	
Datteln 1/2 Pfund	35/-	
Folgen - Bananen getrocknet 1/2 Pfund	35/-	
Vollmilch-Schokolade 4 Tafeln à 100 Gramm	95/-	
Pralinen ganz in Stantol, 1/2 Pfund	50/-	
Teegebäck 1/2 Pfund	50/-	

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

Gewerkschaftliches

Der Lohnstreit in der badischen Textilindustrie
 Freiburg, 4. März. Der am 24. Februar im Lohnstreit der badischen Textilindustrie gefällte Schlichterspruch, der eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorschreibt und von Arbeitnehmerseite bekanntlich abgelehnt wurde, ist von den Arbeitgebern anerkannt worden. Sie haben jetzt keine Verbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium beantragt. Die Verhandlungen werden in Berlin stattfinden. Der Zeitpunkt ist noch unbestimmt.

Die Gewerkschaften u. der geplante Lohnabbau bei der Reichsbahn

Berlin, 4. März. (Eigene Meldung.) Die Gewerkschaften erklären dem vom Reichsbahnrat gemachten Plan eines Lohnabbaus bei der Reichsbahn, daß sich nach den Forderungen der Hauptverwaltung und hinsichtlich der Schichtlöhne sowie die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeiter entsprechend erniedrigen, und daß auch die Sozialleistungen nach Maßgabe der Arbeitszeit vermindert werden sollen. In dieser Richtung liegt auch eine weitere Forderung der Verwaltung, Schichtlöhntabelle einzuführen, die auf eine Wochenarbeitszeit von 45 1/2 und 51 Stunden zu berechnen seien. Darüber hinaus verlange die Hauptverwaltung eine Umstellung des Dienstverhältnisses für die Arbeiter in den Ausbesserungswerkstätten des Reichsbahnbetriebs, nach der Darstellung der Gewerkschaften haben in den gestrigen Verhandlungen ihre Organisationsleiter erklärt, daß sie an einer solchen Forderung unmöglich Stellung nehmen könnten. Die Reichsbahn begründet den verlangten Lohnabbau sowohl mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen als im besonderen mit der finanziellen Lage des Unternehmens und mit der Überbeanspruchung des Personals. Demgegenüber erklärt der am Tarifvertrag beteiligte Einheitsverband der Eisenbahner, es sei wohl als selbstverständlich anzusehen, daß die Gewerkschaften eine solche Forderung der Reichsbahn nicht anerkennen müßten, weil dieser Lohnabbau gerade das Lohnniveau der am schlechtesten bezahlten Arbeiter der Reichsbahn unannehmlich vermindern würde. In der Tat, daß die Verhandlungen in der nächsten Woche fortgeführt werden, dürfte aber das Sachverhältnis liegen, über die von der Reichsbahn erhobene Forderung weiter zu verhandeln, so daß von einer endgültigen Annahme der Gewerkschaften gegenüber der von der Reichsbahn vorgeschlagenen 10-11prozentigen Lohnsenkung im Augenblick noch nicht gesprochen werden kann.

Gewerkschaftshäuser A.G.

(Neue Holdinggesellschaft im ADGB.)

Im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist eine Holdinggesellschaft gegründet worden, die den Zweck hat, die Gewerkschaftshäuser zusammenzufassen. Das jüngste Kind der freien Gewerkschaftsbewegung führt den Namen **Verwaltungsgesellschaft Deutscher Gewerkschaftshäuser A.G.** Das Unternehmen ist mit einem Kapital von 50.000 M. ausgerüstet; erforderlich falls, also bei Zutritt neuer Mitglieder, kann dieses Kapital erhöht werden. Geschäftsführer sind Ernst Schulze und Dr. Wrons vom ADGB, Aufsichtsrat und Vorstand werden von Wilsch (Leipzig), Pflieger (Hannover), Hennig (Altenburg), Ralsch (Breslau), Hein (Hamburg), Sprung (Berlin) und Schiefer (München) gebildet. Dazu treten Theodor Reipardt, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Geheimrat Rachen von der Arbeiterbank.

Die Notwendigkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses der Gewerkschaftshäuser ist seit langem erkannt worden. Dabin drängte vor allem das Durcheinander in den Gesellschaftsverträgen der bestehenden Unternehmungen. Hier sind wohl sämtlich alle Gesellschaftsformen vertreten, angefangen vom primitivsten eingetragenen Verein, der eingetragenen Genossenschaft, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung bis zur offenen Handelsgesellschaft. Das tut nicht gut. Die ersten beiden Formen sind z. B. nichts anderes als die Garantie für die beim Amtsgericht eingetragenen Vereins- bzw. Genossenschaftsmitglieder, daß sie die Privatverpflichtungen des Besizers sind, obwohl in zahlreichen Fällen die Gewerkschaften bzw. andere Körperschaften die Anteile besitzen haben. Auf Grund einer ungenügenden Regelung bestand die Gefahr, daß die Gewerkschaften ihres Besitzes verlustig gehen könnten, und wir wissen, daß diese Gefahr im Rahmen der Kämpfe mit den Kommunisten mehr als einmal greifbar geworden ist.

Schon vor Jahren hat sich die Mehrzahl der Volkshäuser zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft heraus erwuchs der Entschluß zu einer festeren Organisation. Nach Ansicht der Bundesvertreter im ADGB, hatte diese letztere Organisation den Zweck, das in den Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen, eine selbständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionssachen auszuüben, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und eine juristische Körperschaft zu bilden, die für alle Häuser, auch für neu zu gründende Unternehmungen die allein berufene Rechtsstelle sein kann. Die Bundesvertreter kamen auch zu der Auffassung, daß ein fester Zusammenschluß der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv überreicht wird. Dieser Tendenz entspricht die neugegründete Verwaltungsgesellschaft Deutscher Gewerkschaftshäuser.

Die Angliederung der einzelnen Unternehmungen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jeder anzuschließenden Unternehmung der Vermögensstand festgestellt und als Uebernahmewert nur der Effektivwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Als Gegenwert für die Uebertragung gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Diszontesshülfe bzw. die beteiligten Gewerkschaften. Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, welche die vorhandenen Unternehmungen in eigene Rechte übernehmen.

Aus dem Gerichtssaal

Bestrafter Ueberfall

Wormsheim, 3. März. Am Samstag abend befanden sich einige Sozialdemokraten in einer Wirtshaus in der Kaiser-Friedrichstraße. Der allein an einem Tisch sitzende 62 Jahre alte Kommunist Jakob Wieland sah, wie die freie Presse berichtet, über führende Männer in der badischen Gewerkschafts- und Parteibewegung her, worauf ihm ein älterer Mann entgegenkam. Als eben dieser Mann einige Zeit später das Lokal verlassen wollte, ging Wieland vor ihm hin. Das war immerhin verdächtig und zur Vorsicht nahm der Mann seinen jüngeren Neffen mit. Draußen fiel Wieland richtig über die beiden her und verletzte den älteren mit einem Messer an der Hand, während der Neffe Stiche im Gesicht und am Hals davontrug. Als bald herbeigekommene Wirtshausgäste übermühten den hinterlistigen Täter. Die Polizei fand außer dem Messer noch einen Walsenrevolver bei ihm. Jakob Wieland wurde wegen schwerer Körperverletzung in zwei Fällen und unerlaubten Waffentragens vom Schnellrichter zu 2 Monaten Gefängnis und 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Bürkle-Prozeß

Freiburg, 3. März. Die weitere Behandlung der Angelegenheit des Klosters St. Trupert in Verbindung mit den Beschlüssen Herlings erbrachte erneut Beweise dafür, wie geschickt Herling die beiden leitenden Schwestern des Klosters über die wahre Lage der Bank hinwegzutäuschen wußte. Nach in einer Unterredung im November 1929 hat Herling dem Superior des Klosters gegenüber erklärt, daß die Bank laut liebe, da sie ja unter staatlicher Aufsicht sei. Durch diese Versicherungen, die unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Bank abgegeben wurden, waren sowohl die Schwestern als auch der Superior betrogen, die unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Bank abgaben wurden, waren sowohl die Schwestern als auch der Superior betrogen, die unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Bank abgaben wurden, waren sowohl die Schwestern als auch der Superior betrogen.

3 1/2 vier Devisennotierungen in Württemberg

	4 März	3. März
	Geld	Brief
Amerikaner	100 Fl. 18.48	188.82
Franken	100 F. 22.12	22.09
London	1 Pf. 20.47	20.47
Paris	100 Fr. 4.2045	4.2115
Brüssel	100 Fr. 16.461	16.501
Wien	100 Kr. 12.481	12.471
Madrid	100 Pes. 80.91	81.07
Barcelona	100 Pes. 45.00	45.10
Portugal	100 Esc. 112.5	112.64
Brasilien	1000000 Re. 9.08	9.18

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
 Sterbefälle und Beerdigungsstellen. 3. März: Franz Berner, 61 Jahre alt, Witmer, Knecht Mühlburg, Elisabeth Schmitt, 67 Jahre alt, Ehefrau von Peter Schmitt, Aufseher. Beerdigung am 3. März, 14.30 Uhr. — 4. März: Heinrich Schleifer, 66 Jahre alt, Witmer, Ehendreher (Rintheim).

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

KÜHLSCHRÄNKE KÜHLANLAGEN



ausgerüstet mit

ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS

Hermetisch geschlossen
Keine Explosions-Gefahr
Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer
kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

BROWN, BOVERI & Cie. A.G. MANNHEIM
 Abt. Kälte-Maschinen

Hch. Langendörfer
 Walzenmühle / Weingarten i. B. / Telefon Nr. 19

empfiehlt neben seinen Weizen- und Roggenmehlen **Spezialmehle** wie Komlmehl, Weizenschrot, Roggenschrot

Leipheimer & Mende
 Das Spezial-Geschäft

für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- und Haushaltstoffe

KNOPF Geschw. **KNOPF**

Das große moderne Warenhaus für alle

Drogerie Wilhelm Tscherning

Ecke Amalien- und Karlsruherstr. Fernsprecher Nr. 519

Mitglied der Rabattpargruppe

PROTOS GLÜHKOCHPLATTE



SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS

Städt. (Oeffentl.) Sparkasse BADEN-BADEN
 Amtliche Hinterlegungsstelle

Selbstverständlich die MOBEL von MARX am MARKTPLATZ

Natürliche Mineralbrunnen

des In- und Auslandes zu Kurzwecken und als tägliches Tischgetränk in allen Preislagen

BAHM & BASSLER
 KARLSRUHE i. B., Zirkel 30, Telefon 265
 Gegründet 1887 FREIBURG i. Br., Lagerhausstr. 19 Tel. 2967

WINSCHERMANN G. M. B. H.
 Stefaniestraße 94 Fernsprecher: 815, 816, 817

Kohlen, Koks, Briketts, Holz

BESUCHT DAS **VOLKSHAUS**
 SCHÜTZENSTRASSE 16

Im Ausschank das bekannte u. beliebte **MONINGER BIER**
 ANGENEHMER AUFENTHALT!

Ihre Damenhüte kaufen Sie gut und billig bei Geschwister Gütman

